

KOMMENTARE



Partei im Dilemma

Hagen Strauß ist der Meinung, dass es nun beim Klima auf die Grünen ankommt

Es überrascht nicht, dass insbesondere die Grünen das Klimapakete der Großen Koalition zerpfücken und sie die Maßnahmen für völlig unzureichend halten.

Die Beschlüsse der Groko übrigens auch. Aber: Die Partei von Robert Habeck und Annalena Baerbock rückt nun sozusagen in die Regierungsverantwortung.

Die große Macht bedeutet allerdings eine ebenso große Verantwortung. Die Muskeln spielen zu lassen, wie das führende Grüne auf Bundesebene bereits tun, ist das eine.

bei der Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf die Maghreb-Staaten wegen geringer Anerkennungsquoten von dort stammenden Asylsuchenden erinnert, lässt sich Ungutes erahnen.

Nicht umsonst drängt die Groko ja auf einen nationalen Konsens, wie sie immer wieder betont. Das ist klug.

Wenn doch, wird sich womöglich politisch eine neue Tür öffnen. Und zwar die in Richtung Schwarz-Grün.

Insofern könnte am Ende das Klimapakete mehr verändern, als bisher gedacht.

Möchtegern-Autokrat

Thomas Spang hält die Anschuldigungen gegen Donald Trump, Absprachen mit der Ukraine getroffen zu haben, für einen Skandal - wenn sie stimmen

Was hat Donald Trump zu verstecken? Angesichts der Verhaltensweisen seiner Regierung führt um diese Frage kein Weg herum.

Falls die Gerüchte zutreffen, dass der US-Präsident versucht hatte, Militärhilfe für die Ukraine von der Lieferung von Wahlkampfförderung gegen seinen möglichen Herausforderer Joe Biden abhängig zu machen, läge die Antwort auf der Hand.

Schwer vorstellbar, dass der Hausanwalt Trumps dies ohne dessen Wissen oder Segen getan hat. Unabhängig davon, ob der Präsident sein Amt persönlich misbraucht, mithilfe einer fremden Regierung die Opposition daheim zu unterminieren, agiert er einmal mehr wie ein Möchtegern-Autokrat.

Das für sich genommen kann nur als Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit verstanden werden. Zumal der Inspektor ein Mann ist, den Trump persönlich ausgewählt hat.

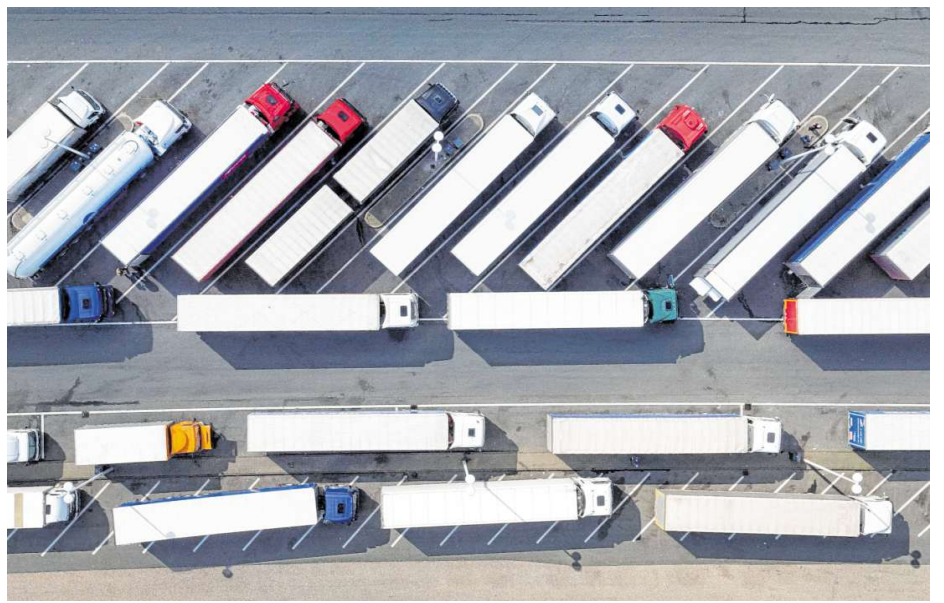
PRESESESTIMMEN

Auch andere Zeitungen beschäftigen sich mit dem Klimapakete und UN-Gipfel:

„Süddeutsche Zeitung“ Bei der nächsten Bundestagswahl könnten die Grünen, Stand heute, mit einer außerparlamentarischen Bewegung zusammen erstmals eine Art politisches Lager bilden - gegen Union und SPD.

Union, SPD und Grünen nötig wird, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu überbrücken.

Straubinger Tagblatt“ So gesehen, wird man in den nächsten Tagen eine Reihe von Absichtserklärungen vernehmen, die alle durchaus positiv klingen dürften - siehe deutsches Klimapakete. Nicht oder kaum aber wird von Dingen die Rede sein, die all das, was da mühsam zusammengetragen wird, konkretisieren werden.



Alles voll: Lkw-Fahrer, die Pause machen wollen, finden oftmals keinen freien Platz - wie hier auf der Raststätte Siegerland Ost (A45).

BILD: DPA

Lkw: Dringender Ausbau von Rastanlagen scheitert oft an Bürgerprotesten / Dienstag Info-Veranstaltung in Hockenheim

Schwierige Parkplatz-Suche

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kros

MANNHEIM. Jochen Graeff von der gleichnamigen Spedition in Mannheim will nicht länger warten. Weil keine Lösung des akuten Mangels an Lkw-Parkplätzen auf deutschen Autobahnen in Sicht scheint, bietet der Geschäftsführer „Fahren befreundeter Unternehmen“ kurzerhand Stellplätze auf dem eigenen Betriebsgelände an - und umgekehrt.

Bis zu 40 000 Stellflächen fehlen „Kein Einzelfall“ sei das, weiß Martin Bulheller, Sprecher des Verbands Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL). Viele Speditionen seien solche Partnerschaften mittlerweile „auf informeller Basis“ eingegangen und helfen sich damit gegenseitig.

Zwischen 35 000 und 40 000 Lkw-Parkplätze fehlen nach BGL-Angaben derzeit an deutschen Autobahnen. „Neben dem Fahrerangel ist das das drängendste Problem, das unser Gewerbe hat“, sagt Graeff.

„Für uns wird es immer schwieriger, die vorgeschriebenen Ruhezeiten einzuhalten.“ Denn die Parkplätze seien meist so überfüllt, dass die Fahrer ihre Fahrt fortsetzen oder ihre Laster illegal abstellen müssten - schlimmstenfalls auf den Einfahrten zu den Raststätten oder dem Standstreifen der Autobahn.

Doch warum ist der Mangel überhaupt so groß? Unternehmen die Bundesländer, die für die Planung und den Bau der Rastanlagen zuständig sind, nicht genug? Untätig sind sie offenbar nicht. Rund 51 000 Parkmöglichkeiten für Lkw gibt es laut Bundesverkehrsministerium derzeit entlang der Autobahnen, 15 000 davon seien seit dem Jahr 2010 hinzugekommen.

„Der Ausbau von Rastanlagen erfordert jeweils Baurechtsverfahren, die viel Zeit beanspruchen“, erklärt ein Sprecher des Verkehrsministeriums in Hessen. Hinzu komme das Problem, dass Rastanlagen „in der jeweiligen Raumschaft zumeist unerwünscht sind“, fügt sein Kollege vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg hinzu.

Viel Arbeit

Für Baden-Württemberg hat der Bund 2008 einen Bedarf von landesweit 9000 Lkw-Stellplätzen für das Jahr 2025 prognostiziert. Dem steht aktuell ein Bestand von rund 8650 Lkw-Stellplätzen entgegen.

In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit rund 3850 öffentliche Lkw-Parkplätze, nach Erhebungen des Bundes fehlen weitere 2500. 30 Projekte im Bereich Ausbau/Erweiterungs- oder Neubau sind laut Verkehrsministerium geplant.

Nach Berechnungen des Bundes fehlen in Hessen rund 1900 Lkw-Stellplätze. Derzeit ist der Ausbau von sieben Rastanlagen geplant oder bereits in der Umsetzung.

Offt sind es Naturschutz und drohender Lärm, der die Ausbau-Gegner antreibt. Die Behörden in Nordrhein-Westfalen sprechen aber auch von unterschiedlichen Befürchtungen und Vorurteilen, dass mit zusätzlichen Lkw-Stellplätzen Drogenhandel, Prostitution und Kriminalität einhergehen könnten.

Auch in der Region hat sich bereits eine Bürgerinitiative formiert, die gegen Pläne protestiert, an der Tank- und Rastanlage Hockenheim-

West (A6) mehr Lkw-Parkplätze anzulegen. Sie befürchtet, dass dem Ausbau ein Teil des Hockheimer Stadtwaldes zum Opfer fällt. Dabei sind die Planungen noch in einem sehr frühen Stadium. Man untersuche aktuell, „wie die Kapazitäten auf dem Autobahnabschnitt zwischen dem Autobahnkreuz Hockenheim und dem Autobahnkreuz Walldorf erhöht werden könnten“, erklärt eine Sprecherin des Regierungspräsidiums Karlsruhe. Eine Erweiterung der bestehenden Rastanlage werde ebenso geprüft wie Alternativstandorte.

Die langwierige Planung hat in den Ministerien bereits zu einem Umdenken geführt: „Wir versuchen, verstärkt im Bestand zu verdrichten“, sagt etwa der Behördensprecher in Stuttgart. Das „System Rückwärts-einparken“ sei hier eine gute Lösung, die schnelle Erfolge verspreche. Durch den Wegfall einer Fahrgasse würden bis zu 40 Prozent mehr Lkw-Stellplätze auf derselben versiegelten Fläche generiert.

Ähnlich verhält es sich mit dem „Kolonnenparken“, dass das Verkehrsministerium Rheinland-Pfalz bereits vor zehn Jahren als Modellprojekt an der A3 eingeführt hat. Dabei wird Lkw-Fahrern ein Stellplatz zugewiesen, die Lkw parken in langen Reihen direkt hintereinander. Der zugewiesene Stellplatz richtet sich nach der zuvor angegebenen Abfahrtszeit.

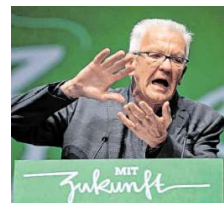
Parteitag: Grüne feiern 40 Jahre Südwest-Verband / Zahl der Fahrzeuge in Städten soll bis 2030 um die Hälfte reduziert werden

Die grüne Stunde schlägt

Von unserer Korrespondentin Ulrike Bäuerlein

SINDELINGEN. Wenn schon Ökopaar, dann richtig: Nach intensiven Diskussionen über Klimaschutzziele haben die baden-württembergischen Grünen am Sonntag zum Abschluss ihres Landesparteitags in Sindelfingen einen Leittrag beschlossen, der deutlich über den vom Landesvorstand eingebrachten Vorschlag hinausgeht. So wollen sie bis 2030 landesweit die Zahl der Fahrzeuge in Städten um die Hälfte senken, insgesamt um ein Drittel. Zudem soll ganz Baden-Württemberg schnellstmöglich klimaneutral werden - ein Datum wurde aber nicht festgeschrieben.

Die Debatte stand unter dem Eindruck der weltweiten Klimaproteste der „Fridays for Future“-Bewegung



Kretschmann warnte davor, die Probleme der Zukunft zu verschlafen. BILD: DPA

von Freitag und der am vergangenen Tage bekanntgewordenen Klimaschutz-Beschlüsse der Bundesregierung, die unter anderem von Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei seiner Rede am Samstag als „mutlos“ bezeichnet worden waren.

Am Samstag kamen die baden-württembergischen Grünen fast auf den Tag genau 40 Jahre nach Gründung des damals ersten grünen Landesverbandes in der Stadthalle Sindelfingen zu ihrem zweitwöchigen Parteitag zusammen. „Wer hätte damals gedacht?“ war der Satz, der am häufigsten in den Reden fiel, am Abend folgte Party. Denn 2019 kam die Partei nach Sindelfingen mit einem Umfragewert von bislang Bundesweit unerreichten 38 Prozent, mit einem grünen Ministerpräsidenten, den 77 Prozent der Baden-Württemberger direkt wählen würden und der gerade erklärt hat, noch einmal antreten zu wollen.

Die Parteivorsitzenden Sandra Detzer und Oliver Hildenbrand wurden ohne Gegenkandidaten mit 90,1 und 95,5 Prozent wiedergewählt, die Grünen nennen sich die „neue Baden-Würt-

temberg-Partei“. Aber es gab auch Kritik: Zum Auftakt stehen vor der Stadthalle Demonstrationen. „Ich habe euch auch mal gewählet - gegen Autobolby und für Atomausstieg“ steht auf den Plakaten, oder „Ihr habt uns angeschwärtzt“, „Neckarswestheim abschalten - ihr könnt, also handelt!“.

Ministerpräsident: Ich bin voll da Kretschmann warnte in seiner Rede auch davor, die Herausforderungen der Zukunft zu verschlafen und mahnte angesichts einer drohenden Krise des Automobilsektors den notwendigen Umbau der baden-württembergischen Industrielandschaft an. Der Regierungschef präsentierte sich gleichermaßen kampfeslustig und demütig: „Ich habe noch viel Lust, die Welt zu verbessern und ich bin voll da“, sagt Kretschmann.